

---

# Abschied vom repräsentativen Demokratiemodell ?

---

von Eduard Meßmer, Bühlertal, 02.11.2024



Foto: E. Meßmer

Die repräsentative Demokratie besteht darin, dass wir unsere Stimme an Delegierte abgeben. Die Stimme der Wahlbürger endet, sofern Bürger an einer Wahl teilnehmen, in einer Urne. Die nächsten Jahre wird das freie Gewissen der Abgeordnete zum Selbstläufer. Blindes Vertrauen in die repräsentative Demokratie in allen Ehren. Aber wohin sind wir im gesamten kollektiven Wertewesten mit diesem Demokratiemodell hingekommen – sozial – wirtschaftlich – politisch? Und das auf nahezu allen Politikfeldern? Wo überhaupt noch sind in dem althergebrachten repräsentativen Demokratiemodell im Angesicht der Verfassungswirklichkeit Lösungen zu finden?

Weder eine direkte, halbdirekte (Schweiz), noch repräsentative Demokratie und auch einzelne Beteiligungsinstrumente lassen sich wohl kaum ausschließlich in Schwarz oder Weiß diskutieren. In Dunkelschwarz eher das gegenwärtige, repräsentative Demokratiemodell, das von seinen Protagonisten dennoch als alternativlos dargestellt wird, obgleich doch Demokratie aus sich selbst reformfähig bleiben muss und sich aus Alternativen zusammensetzt, also ‚Veränderung‘ als Wesensmerkmal in sich trägt. Nur dann können die gewünschten Früchte einer legitimen Demokratie Freiheit und gefühlte Einheit bilden, so dass sich endlich vollziehen kann, wofür in Deutschland vor 175 Jahren unsere Vorfahren gekämpft haben: für das historische „*FreiEinig*“. Um dieses ‚*FreiEinig*‘ (bewusst in einem Wort zusammengefasst) zu schützen, sind im heutigen Grundgesetz sogenannte Ewigkeitsgarantien vorgeschoben. Und dennoch, wie weit ist diese Visionen der damaligen Revolutionäre in unserer Welt vorangeschritten? Wie kann es sein, dass einschränkbare Grundrechte ihren Wesensgehalt verlieren und selbst unantastbare Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können, allem voraus die Menschenwürde? Welche Rolle spielen dabei partikuläre Interessen, die auf das freie Gewissen der Mandatsträger Einfluss ausüben? Einflüsse auf parlamentarische Entscheidungen, bspw. der von BIG Pharma, BIG Data oder BIG Finanz, dürfen unbestreitbar keinesfalls soweit gehen, dass mit deren Interessen demokratische gefasste Entscheidungen in Parlamenten präjudiziert und auf diese Weise selbst langfristig angelegte Ziele demokratisch legitimiert werden. Eine fragwürdige Argumentation, wenn im repräsentativen Modell

pauschal und vorbehaltlos Mandatsträgern fachliche Fähigkeiten zugesprochen werden, um gleichzeitig Bürgern oder gleich ganzen Gremien wie Bürgerräten ihre Kompetenz pauschal abzusprechen, um damit strukturelle Lösungsansätze ins Leere laufen zu lassen. Aber auch die Kompetenzfrage selbst, für sich ganz allein, ist fragwürdig. Bürgerräte bringen in der Regel qualitativ und breit akzeptierte Arbeitsergebnisse hervor. Insgesamt ist die Verfassungsfrage im doppelten Sinne gestellt. Einmal im Sinne von Organisations- und Strukturmerkmalen (polity), das andere Mal im Sinne von „policy und politics“, zusammengefasst mit der Frage: In welcher Verfassung befinden sich Staat und Gesellschaft mittlerweile?

Wenn es anstatt um Symptombehandlungen bzw. Diskussionen um bloße Symptome nun ernsthaft um substantielle Lösungen gehen soll, muss dann wirklich zwingend von einer unveränderlichen repräsentativen Demokratie ausgegangen werden, wie es bspw. von *Clemens Oswald* in dem jüngsten Demokratie-Magazin des Vereins Mehr Demokratie e.V. (Nr. 140, S. 48) vorausgesetzt wird? Ist die so als ‚unveränderlich‘ behauptete, repräsentative Demokratie wirklich von den Ewigkeitsgarantien des Grundgesetzes erfasst oder sind es die Prinzipien einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, die dem Schutz des Grundgesetzes unterliegen? Mit der Offenheit des Art. 146 (neue Fassung) als finaler Schlussartikel des Grundgesetzes (!) mag sich die Wiedervereinigungsfrage erledigt haben, muss aber nicht bedeuten, dass sich auch die Verfassungsfrage ebenfalls erledigt hat. Schließlich kann sich ein Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt seiner bisherigen normativen Fesseln stets entledigen und seiner politischen Existenz eine neue Gestaltung geben. Mit Art. 146 GG ist eine normative Brücke gebaut aus dem Alten in etwas Neues, selbst in etwas ganz Neues. Diese Freiheit der Möglichkeit einer uneingeschränkten, fundamentalen Selbstbestimmung eines Volkes nehmen aus guten Gründen einige freiheitlich-demokratisch verfasste Staaten für sich in Anspruch, in dem sie eine Totalrevision ausdrücklich zulassen. Das Grundgesetz treibt die Selbstverewigung des Art. 79 Abs. 3 GG eben nicht in die Alternativlosigkeit, sondern kennt nach wie vor eine Alternative zu sich selbst und lässt den Weg in eine neue Verfasstheit offen. Diese Offenheit als Credo des Grundgesetzes ist gut so, gemessen am prinzipiellen Zustand der real existierenden Verfasstheit „eines besten Deutschland aller Zeiten“. Sollen die fundamentalen Probleme gelöst werden, ... etwa aus dem gleichen Denken und in den gleichen Strukturen, in dem die Probleme entstanden sind? Es ist bei diesen Zuständen in unserem Land wohl wenig hilfreich, die Debatte auf die repräsentative Demokratie einzuengen.

Wie weit sind die heutigen Führungskasten entfernt von dem Bild der Führungsschicht im antiken Griechenland, die den Begriff ‚Demos‘ in der Bedeutung von „Abschaum“ eingeordnet hat? In der Gegenwart zeichnet sich seit der Finanzkrise 2008/2009 ab, dass sich die Wahldemokratien im kollektiven WerteWesten aus ihrer systemimmanenten Reformunfähigkeit nicht mehr aus sich selbst befreien können und allenthalben auf ein ethisches, monetäres und damit auch politisches Totalversagen zusteuern. Es war seither gerade noch möglich, mit politischen Strategien Zeit zu gewinnen, aber um welchen Preis? Offenbar geworden sind im In- und Ausland in den vergangenen vier Jahren existentielle Probleme, die sich überall angehäuft haben, letztlich überall mit ihren aktuell schlimmen und schlimmsten Folgen. Das überkommene Demokratiemodell „Repräsentative Wahldemokratie“ mündet systemisch, zusammen mit der Monopolisierung der Wirtschaft, in einer Oligarchisierung der Politik. Auf diese Weise sind demokratisch nicht-legitimierte Stakeholder in der Lage, ihren Einfluss in politische Macht umzuwandeln. Somit wird aus demokratisch legitimer Herrschaft, einer formalen „*Herrschaft des Volkes*“, eine real existierende „*Herrschaft des Geldes*“. In diesem Sinne löst sich mithin das Postulat auf, das auf dem Reichstagsgebäude zu Berlin zu lesen ist: „*Dem deutschen Volke*“, wahrlich alternativlos zwischen Wahlalternativen „Pest oder Cholera“. Dazwischen ist das Etikett „Covid-19“ herauszulesen. Und in diesem Sinne haben zwar demokratiekonforme, jedoch menschenfeindliche und von Anfang an hilflose staatliche Maßnahmen entweder direkt oder als sogenanntes „*Post-Vac-Syndrom*“ unserer Bevölkerung, die eigentlich durch Grundrechte geschützt sein sollte, nie dagewesene Krankheitsraten und Übersterblichkeitsquoten beschert. Sie haben es von Anfang an gewusst oder bereits spätestens seit Ostern 2020 wissen müssen, vermöge von vielen unabhängigen Expertenmeinungen aus den

Bereichen Medizin, Medizinstatistik, Jurisprudenz und Medien <sup>1</sup>. Dieses unsägliche Leid, strafrechtlich ein Verbrechen an der Menschheit und Menschlichkeit, sollte wenigstens, wenn schon, als Weckruf einen Nutzen bringen. Der Wecker klingelt schrill und laut, wird jedoch in einem dicken Daunenkissen erstickt. Der bundesdeutsche Verfassungsschutzpräsident will nunmehr auch Weckrufe verfolgen, die nicht strafbar sind. Parallel hierzu feiert ein smarter Überwachungskapitalismus Hochzeit, legitimiert durch einschlägige gesetzliche Bestimmungen (u.a. bspw. Netzleitungsdurchsetzungsgesetz, Digital Services Act, Global Digital Act). Der große Erzieher dringt drahtlos in alle Wohn- und Schlafzimmer ein und hätte gerne auch die Menschenwürde auf ewig eng an sich gebunden. Nur in einer solchen, demokratietoxischen Suppe ist der Missbrauch von direkten Beteiligungsinstrumenten nicht nur möglich, sondern programmiert wie vieles andere, auf diese Weise systemimmanent.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass sich Demokratie im kollektiven WerteWesten endlich weiterentwickelt und auf die basisdemokratischen Postulate von vor 175 Jahren besinnt, jetzt in dem Jahr, in dem die politische Mitte den 75. Geburtstag dieses Grundgesetzes feiert. Es sollte nie wieder geschehen und es geschieht trotz dieses Grundgesetzes in aller Härte doch wieder, und dieses Mal weit über Deutschland hinaus. Die Debatte wird überdeckt mit Scheindiskussionen und politischer Vulgärsprache, und wieder werden von oben runter mit politischen Totschlagargumenten und schwammigen Begriffen einerseits Meinungen gebündelt, andererseits ‚die andere Meinung diskreditiert‘, bis hin zu „Cancel Culture“. Alles im Namen der Demokratie, Diskursverweigerung und Selbstgerechtigkeit aus der sogenannten politischen Mitte. Wir sind darüber hinaus mit einer Gemengelage von einseitigen Werthaltungen, Kapitalinteressen und supranationalen, westlich-kapitalistischen Netzwerken konfrontiert, die sich mit einer Strategie biodigitaler Konvergenz (KI, Biosecurity, Biomedizin, drahtlose Digitalisierung) zusammen gefunden haben: Eine Gefahr, die sich unter dem Vorwand bspw. | „Schutz des Lebens“ | „Schutz des Klimas“ | „Schutz vor Terrorismus“ | Appell an die Solidarität | „Gegen RECHTS“ | Desinformation | zu tarnen vermögen, obwohl es sich in jeder Hinsicht aus der politischen Mitte heraus um einen neofeudalen und den umfassendsten Zugriff aller Zeiten auf unser aller Leben handelt. Wer, wo steht, ist nicht mehr etikettierbar oder decodierbar, es sei denn, die Beobachter berücksichtigen einen Hinweis: „*Folge dem Geld*“.

Das ist der Grund, weshalb die Zeit ist noch nicht reif ist für ein Demokratiemodell, wie es sich sicherlich eine große Mehrheit zumindest intuitiv wünscht. Wir brauchen eine Demokratie die Freiheit und Einheit hervorbringt, keine Leichenfreiheit und keine Leicheneinheit und schon gar nicht beides. Die weltweiten, regierungskritischen Massenproteste 2019, also bereits vor der politischen Gegenreaktion einer Corona-Plandemie zeigen dennoch, dass die Zeit reif ist mit einer Menschheit, in der sich immer mehr Menschen selbst auffordern, die Verantwortung für das eigene, individuelle Schicksal künftig für sich selbst zu übernehmen.

Im antiken Griechenland, ihrem europäischen Geburtsort, wurde direkte Demokratie in Form von Versammlungen und Ämterverlosung praktiziert. Wer die Krise der Demokratie lösen will, sollte mangels anderer geeigneter Alternativen direkte und konsultative Demokratiemodelle mitdenken.

Im repräsentativen Demokratiemodell Deutschlands beginnt sich der losbasierte Bürgerrat zu etablieren, vorstellbar ergänzend neben der Möglichkeit eines bundesweiten Volksbegehrens/Volksentscheides. Das könnte ein praktikabler Weg in einen strukturellen Neuanfang sein und einen Ausweg aus den Defiziten des repräsentativen Demokratiemodells.

>>Konsultative<< Bürgerräte, die die Politik beraten, finden oft bessere, überzeugendere, inklusivere Lösungen für politische Probleme im Vergleich zum herkömmlichen Willens- und Entscheidungsprozess. In Kanada, den Niederlanden, Island und Irland diskutierten solche per

---

<sup>1</sup> Meßmer, Eduard, Dornenkrone für unsere Grundrechte (Karfreitag 2020), <https://t.me/solidarnosch/19411>

Zufallslos bestimmten Räte neue Wahlgesetze und Verfassungsartikel. In Island entstand auf der Basis einer kollektiven Bürgerberatung die erste »Bürgerverfassung« der Welt. Allerdings scheiterte sie dann doch aber an den konservativen Strömungen im Parlament. In Irland bereitete ein Bürgerrat den Erfolg des direktdemokratischen Referendums über die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe vor <sup>2</sup>. Lösungsvorschläge als repräsentativ-partizipativ-direktes Demokratiemodell wie es *Clemens Oswald* in seinem Buch »FAIRfassung – so geht Demokratie« (2024) vorschlägt<sup>3</sup>, sehe ich als gangbaren Impuls oder Zwischenschritt in eine partizipativ-direkte Demokratie.

Aus mir heraus gewünscht sind nicht nur einzelne Beteiligungsinstrumente, sondern über die Zeit direkte, politische Beteiligung auf einer einzigen Ebene (in letzter Konsequenz ohne Hierarchie und herrschaftsfrei). Statt einer omnipotenten digitalen Überwachung kann der Nutzen einer kabelgebundenen Digitalisierung darin bestehen, ein autonomes Individuum zu ermöglichen, das sich selbstständig informiert, sich austauscht, organisiert, entscheidet und handelt. Das Informationszeitalter bietet hierfür mit geeigneten Rahmenbedingungen die besten Voraussetzungen. Der Wunsch nach solchen Rahmenbedingungen in einem Bild: Ein bunter Blumenstrauß direkter Beteiligungsmöglichkeiten, die ineinander verwoben sind und sich gegenseitig ergänzen. Wünschenswert etwa auch im Bild eines Klangkörpers, wie es sich *Ute Scheub* vorstellt<sup>4</sup>. Demokratie als ein Sinfonieorchester. Die eigene Stimme, die als soziales Instrument erklingt im Anstimmen, Abstimmen, Zustimmung oder resonant übereinstimmen ...etc.. Direkte Beteiligungsmöglichkeiten können als Instrumente die Welt der öffentlichen Institutionen und die Strukturen des kollektiv geteilten Lebens zum Sprechen bringen<sup>5</sup>. Die Welt wird zum Ausdruck produktiver Vielstimmigkeit. Mit Lösungsansätzen, die zu echter und wirklicher Demokratie führen, wird die sonst berechtigte Angst vor Missbrauch, Inkompetenz, Filz, Korruption oder dieser ausufernde, sogenannte Lobbyismus einfach obsolet. Das ist dann der Fall, wenn die Rahmenbedingungen für solches Verhalten keine Anreize für asoziales Verhalten mehr setzen, sondern im Gegenteil, Anreize für Verhalten, das sich an Grundbedürfnissen und damit der Menschenwürde orientiert. Über die Zeit kann dann wachsen, was *Clemens Oswald* in seinem Buch als ‚FAIRfassung‘ bezeichnet. Eine ‚FAIRfassung‘ könnte das heutige Modell eines erbarmungslosen Wettbewerbs, der Konkurrenz und Empfindungslosigkeit, mit Rahmenbedingungen (Verfassung) ablösen, die Anreize für Kooperation, Miteinander und Füreinander setzen.

‚FAIRfassung‘ als Vision weist in die Zukunft .... und im ‚Hier und Jetzt‘ auf uns zurück.

In Einem dürfte Einigkeit Bestand haben: Was bleibt, ist Demokratie - Hand aufs Herz: Welche?



<sup>2</sup> Scheub, Ute, Demokratie - die Unvollendete, München 2017, S. 66 ff.

<sup>3</sup> Oswald, Clemens, FAIRfassung – so geht Demokratie, BoD-Books-on-Demand 2024.

<sup>4</sup> Scheub, Ute, a.a.O., S. 9 ff.

<sup>5</sup> Rosa, Hartmut, Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin 2016, S. 73, 366 ff.